Faraways/Shutterstock.com

Militarisierte Meere

Europas maritime Verwundbarkeit

Michael Zinkanell

Etwa 70 Prozent der Erdoberfläche sind von Meeren bedeckt und mehr als 80 Prozent des internationalen Warenverkehrs erfolgt über Seewege. Die Ozeane sind weit mehr als geografische Räume; sie bilden das Rückgrat der globalen Wirtschaft und sind von elementarer Bedeutung für globale Lieferketten, Datentransfers, Energieversorgung und Handelsströme. Ihre Sicherheit ist daher untrennbar mit globalem Wohlstand und politischer Stabilität verbunden. Die geopolitische und geoökonomische Relevanz der Weltmeere darf daher auch von Binnenstaaten wie Österreich keinesfalls unterschätzt werden.

Die völkerrechtlich geregelte Nutzung und Bewirtschaftung der Meere sowie die Freiheit und Sicherheit der Schifffahrt beruhen maßgeblich auf dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), das den zentralen Rahmen der globalen maritimen Ordnung bildet. Die

gehemmte Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit der UN und zunehmende geopolitische Spannungen stellen bestehende Normen und Rechtsprinzipien der regelbasierten Weltordnung allerdings regelrecht auf die Zerreißprobe. Die Erosion dieser regelbasierten Ordnung drückt sich im Bereich des Seerechts besonders prekär in der Verschiebung maritimer Grenzen, der Störung von Navigationssystemen, der Sabotage kritischer Infrastruktur und der wachsenden Militarisierung ziviler Schifffahrt aus. Dadurch werden die maritimen Lebensadern globaler Lieferketten und Konnektivität nicht nur zum Raum wirtschaftlicher Konkurrenz, sondern zunehmend auch zum Schauplatz strategischer Konfrontation unter Einsatz konventioneller und unkonventioneller Mittel.

Maritime Verwundbarkeiten

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 haben sich maritime Verwundbarkeiten der EU-Mitgliedsstaaten vor allem in der Ostsee zunehmend intensiviert. Dort mehren sich hybride Angriffe auf kritische Infrastrukturen, insbesondere Unterwasser-Strom- und Datenkabel sowie Gaspipelines. In den meisten dokumentierten Fällen handelte es sich dabei um physische Sabotageakte, die bewusst auf eine Beeinträchtigung bzw. Zerstörung der europäischen Energie- und Kommunikationsnetze abzielten. Neben submarinen Versorgungslinien sind küstennahe kritische Infrastrukturen besonders exponiert, z.B. Übertragungsnetze etwa von Windparks und Hafenanlagen. Deren Störung kann erhebliche sicherheits- und wirtschaftspolitische Folgewirkungen für die gesamte EU nach sich ziehen.

Sabotageakte

Maritime Sabotageakte werden häufig bewusst als Unfälle getarnt, um Attribution und forensische Aufklärung zu beeinträchtigen, was die Entwicklung von Schutzmaßnahmen zusätzlich erschwert. Zu den gebräuchlichsten physischen Taktiken gehören u.a. das Schleifen von Ankern oder Ketten über den Meeresboden, um Kabel oder Leitungen gezielt zu beschädigen. Hinzu kommen Sprengstoffanschläge durch platzierte Sprengladungen an Pipelines oder Kabeln, der Einsatz unbemannter maritimer Systeme sowohl über als auch unter Wasser, sowie die Verlegung von Seeminen.

Zu den folgenschwersten und bekanntesten Fällen physischer Beschädigungen maritimer Infrastruktur zählt der Sprengstoffanschlag auf die Nord-Stream-Pipelines im Jahr 2022, der als Zäsur in der Wahrnehmung maritimer Verwundbarkeiten Europas gilt. Im Jahr 2023 kam es dann in der Ostsee zum sogenannten „Balticconnector"-Vorfall, bei dem sowohl eine Gasleitung als auch mindestens ein Telekommunikationskabel beschädigt wurden. Im Zentrum dieses Vorfalls, der aufgrund der grob fahrlässigen Anker- bzw. Schleppspur-Beschädigung als vorsätzliche Sabotage eingestuft wurde, stand das unter der Flagge Hongkongs fahrende Containerschiff „Newnew Polar Bear".

Auch im November 2024 wurden mit der „BCS East-West Interlink" zwischen Litauen und Schweden und der „C-Lion1"-Verbindung zwischen Finnland und Deutschland zwei weitere Unterseekabel in der Ostsee nahezu zeitgleich beschädigt. Beide Fälle lösten Untersuchungen aufgrund von Spionageverdacht aus, nachdem sich Hinweise auf externe physische Einwirkung verdichtet hatten. Im Fokus der Ermittlungen: das chinesische Frachtschiff „Yi Peng 3". Ebenfalls Ende des Jahres 2024 wurde das Hochspannungs-Seekabel „Estlink 2", das Finnland und Estland verbindet, erheblich beschädigt. Als Ursache wird der Anker des russischen Tankers „Eagle S" vermutet, der über eine Strecke von rund 100 Kilometern über den Meeresboden geschliffen wurde. Dieser Vorfall führte zu einer zeitweisen Unterbrechung der Stromverbindung zwischen beiden Staaten.

Hybride Bedrohungsformen

Diese aufeinanderfolgenden Ereignisse verdeutlichen eine systematische Verwundbarkeit europäischer maritimer Infrastruktur und lassen auf ein Muster gezielter physischer Eingriffe schließen, das zunehmend hybride Bedrohungsformen annimmt. Neben physischen Angriffen zeigt sich diese schädliche Einflussnahme zunehmend auch in systematischer Aufklärung und Überwachung maritimer Infrastrukturen, die in Zukunft als Grundlage für potenzielle Sabotageakte dienen können. Häufig werden hierfür Forschungsschiffe eingesetzt, die unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Vermessungen detaillierte Kartierungen vornehmen, optische und akustische Aufnahmen machen sowie Positionsdaten erheben.

Parallel dazu steigert der Einsatz unbemannter Unterwasserfahrzeuge und Tauchroboter die Effektivität und Effizienz der Aufklärung. Diese können Geolokationen verifizieren, Kabel und Anlagen inspizieren und manipulative Werkzeuge platzieren. Außerdem wird durch das Positionieren von Sensoren die Langzeitüberwachungen von U-Boot- und Schiffsbewegungen ermöglicht, die für die Angriffsplanung und Ausnutzung von Schwachstellen förderlich sind.

Als ausführende Kraft jener physischen Angriffe und gezielten Spionageoperationen tritt vermehrt die sogenannte Schattenflotte in Erscheinung. Dabei handelt es sich um ein verschleiertes Netzwerk an meist älteren, schlecht gewarteten, nicht registrierten oder umgeflaggten Schiffen, zumeist Tankern. Mit diesen Schiffen ist es möglich, internationale Kontrollsysteme zu umgehen. Während im Jahr 2022 weltweit noch rund 200 Schiffe in diese Kategorie fielen, ist die Zahl bis 2025 auf mehr als 1000 angestiegen, was Schätzungen zufolge knapp 20 Prozent aller Öltanker ausmacht. Ungefähr die Hälfte aller Schiffe der Schattenflotte werden von Russland betrieben, gefolgt vom Iran, Venezuela und Nordkorea. Es ist evident, dass diese Schiffe nicht nur gegen internationales Regelwerk verstoßen, sondern auch ein zunehmendes Risiko für europäische Sicherheit und Wohlstand darstellen.

Ausblick

Die Sicherheit des maritimen Raums in europäischen Gewässern kann längst nicht mehr als gegeben betrachtet werden. Angriffe und Einflussoperationen im Spektrum hybrider Bedrohungen richten sich zunehmend gegen maritime Ziele oder beinhalten Elemente, die zur schleichenden Militarisierung der Schifffahrt beitragen. Auch Drohnensichtungen über dänischen Flughäfen deuten auf eine potenzielle maritime Komponente hin, da die Systeme möglicherweise von Schiffen aus gestartet wurden.

Solche Entwicklungen unterstreichen die zunehmende Verwischung operativer Grenzen und die wachsende Verwundbarkeit kritischer Infrastrukturen gegenüber schwer lokalisierbaren hybriden Angriffen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind demnach gefordert, ihre maritimen Überwachungs- und Abwehrfähigkeiten sowie Frühwarnsysteme aus-

zubauen, als auch umfassende Resilienzstrategien zu entwickeln, die militärische, zivile und technologische Maßnahmen integrieren.

Keynotes

- Die zunehmende Militarisierung der Meere bedroht globale Handelsrouten, Datenströme und Energieversorgung und untergräbt die regelbasierte internationale maritime Ordnung.
- Hybride Angriffe auf maritime Infrastruktur, insbesondere in der Ostsee, nehmen seit 2022 stark zu und zielen auf die Sabotage von Energie- und Kommunikationsnetzen ab.
- Sabotageakte wie bei „Nord Stream“, „Balticconnector“ oder „Estlink 2“ zeigen ein Muster systematischer physischer Eingriffe und gezielter Verschleierungstaktiken.
- Die Nutzung unbemannter Systeme, Forschungsschiffe und die Ausbreitung der „Schattenflotte“ verstärken Überwachung, Spionage und Manipulation maritimer Anlagen.
- Europas maritime Sicherheit ist massiv gefährdet, weshalb die EU ihre Überwachungs-, Abwehr- und Resilienzfähigkeiten dringend ausbauen muss.